

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 11. März 1955

Blatt 337

## Straßenbahn und Autobus zur Messe

11. März (RK) Zur Wiener Frühjahrsmesse werden vom 13. bis 20. März folgende Verkehrsmaßnahmen getroffen:

Ab Sonntag, den 13., bis einschließlich Sonntag, den 20. März, werden während der Messebesuchszeit folgende Straßenbahnlinien verlängert: Die Linie H<sub>2</sub> und die Linie L zur Praterhauptallee und die Linie 5 nach Bedarf zum Elderschplatz; die Linien A und Ak werden über Ausstellungsstraße zur Lagerhaus-schleife geführt.

Ab Montag, den 14., bis einschließlich Samstag, den 19. März. wird die Autobuslinie 4 in der Zeit von 8.30 bis 16 Uhr vom Praterstern über Ausstellungsstraße zum Messegelände verlängert. Der Fahrpreis für die Strecke Praterstern - Messegelände oder umgekehrt beträgt 1 Schilling.

Überdies wird von Sonntag, den 13., bis einschließlich Sonntag, den 20. März, an den beiden Sonntagen in der Zeit von 8.30 bis 18 Uhr und an den Werktagen in der Zeit von 8.30 bis 16 Uhr eine kurz geführte Autobuslinie 4, vom Messepalast über Operngasse - Stephansplatz - Aspernplatz - Praterstern zum Messegelände, Westportal und zurück geführt. Die Haltestellen, Teilstreckengrenzen und Fahrpreise sind die gleichen wie auf der Autobuslinie 4.

- - -

Günstige Entwicklung der städtischen Geräteaktionen  
=====

11. März (RK) Das Interesse der Bevölkerung an den Geräteaktionen der Wiener Elektrizitätswerke und der Wiener Gaswerke hat auch in den ersten beiden Monaten dieses Jahres nicht nachgelassen. Es wurden insgesamt 3.713 verschiedene Geräte bestellt, 666 Installationsaufträge erteilt und 438 komplette Badezimmereinrichtungen in Auftrag gegeben. Wertmäßig entspricht diesem Bestelleingang eine Gesamtsumme von rund 12 Millionen Schilling, deren Höhe umso bemerkenswerter ist, als sie sich auf einen Zeitraum bezieht, der normalerweise zu den schwächeren Jahresperioden gerechnet werden muß.

Von den mehr als 3.700 Gerätebestellungen entfallen, wie Stadtrat Dkfm. Nathschläger der "Rathaus-Korrespondenz" ergänzend mitteilt, 1.880 auf Gas- und Elektroherde, 343 auf 5-Liter-Durchlauferhitzer, 201 auf Gasautomaten, 123 auf Gas- und Elektrospeicher, 469 auf Gas- und Elektrokühlschränke, 427 auf Gasheizapparate und 187 auf Gas- und Elektrowaschmaschinen.

- - -

Ballkalender  
=====

11. März (RK) In der Zeit vom 14. bis 20. März finden in Wien folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Freitag: Kursalon (Ball des Verbandes der Kriegsversehrten Österreichs).

Samstag: Münchner Hof (Ball des Verbandes der Unabhängigen), Wimberger (Ball der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter).

- - -

## Die Schneeräumungsarbeiten

=====

11. März (RK) In der Nacht zum Freitag standen bei der städtischen Straßenpflege neben der eigenen Nachtpartie 210 Schneearbeiter in Verwendung, die zusammen mit 15 städtischen Lastkraftwagen und vier privaten Fahrzeugen die Schneeabfuhr fortsetzten. Zur Bestreuung mußten drei Lastkraftwagen ausgeschickt werden.

Heute wurden zur Ergänzung des eigenen Personals der Straßenpflege 2.996 Schneearbeiter aufgenommen. An Fahrzeugen und Geräten sind in Verwendung: 61 Motorpflüge und 186 Lastkraftwagen zur Schneeabfuhr, unterstützt von fünf Ladegeräten.

Die Verkehrsbetriebe haben von Donnerstag abend bis Freitag früh mehrere Male Hauptreinigungsfahrten durchgeführt. Der Frühauslauf bei der Straßenbahn und Stadtbahn vollzog sich ohne Störung. Wegen starker Verwehungen ergaben sich im 21. und 22. Bezirk Schwierigkeiten. Der letzte Autobus der Linie 19 blieb Donnerstag abend bei Ebling stecken und konnte die Fahrt nicht mehr beenden. **Die Linie 19 wird seit heute früh nur bis nach Neu-Ebling geführt.** Der Verkehr auf der Linie 18a nach Jedlersdorf wurde vorübergehend eingestellt. Stellenweise gibt es dort eineinhalb Meter hohe Wächten.

Die Verkehrsbetriebe haben heute 1.260 Schneeschaufler aufgenommen, dazu kommen 446 Mann eigenes Personal.

- - -

Wiener Gemeinderat  
=====

11. März (RK) Bürgermeister Jonas eröffnet die Sitzung des Wiener Gemeinderates um 11 Uhr.

Im Einlauf befinden sich acht Anfragen der VO und zwei Anfragen der ÖVP.

Von den Gemeinderäten Maller und Genossen (VO) wurden drei Anträge eingebracht, betreffend "grundlegende Veränderungen im System der Straßenpflege", betreffend "Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit", und "betreffend Prüfung von Möglichkeiten, bei den Haltestellen der städtischen Verkehrslinien Gas-Infra-Strahler aufzustellen".

**Die Gemeinderäte Kowatsch und Genossen (ÖVP) haben einen Antrag betreffend die "Nichteinberückung der Kindesbeihilfe** in die Bemessungsgrundlage für Fürsorgekosten-Rückersatzleistungen" eingebracht, die Gemeinderäte Dr. Freytag und Genossen (ÖVP) einen Antrag betreffend "Erhaltung historischer Häuser in Wien".

Die Stadträte Koci und Dkfm. Nathschläger berichten über die  
Schneesäuberung

Vor Eingang in die Tagesordnung erteilt Bürgermeister Jonas den Stadträten Koci und Dkfm. Nathschläger das Wort zu einem Bericht über die Schneesäuberung.

Der Amtsführende Stadtrat für Öffentliche Einrichtungen Koci führt aus, daß in der Winterperiode 1954/55 bis zum 23. Februar im Wiener Stadtbereich nahezu keine Schneefälle waren, Hingegen brachte die wechselnde Witterung wiederholte Glatteisbildung, zu deren Bekämpfung, beginnend ab 25. November 1954 neben der händischen Arbeit des gesamten Personals der Straßenpflege der Einsatz von 1.045 Streufahrzeugen notwendig war. Dabei wurde ein Tageshöchsteinsatz von nahezu 100 Fahrzeugen erreicht.

Seit der Nacht des 23. Februar hat der verspätete Winter für Wien starke Schneefälle gebracht. Insgesamt sind in diesen rund 20 Tagen etwa sechs Millionen Kubikmeter Schnee auf die Verkehrsflächen Wiens gefallen. Es steht seither fast pausenlos

der gesamte Apparat der städtischen Straßenreinigung im Dienst, vielfach auch in der Nacht, unter Heranziehung aller Fahrzeuge und Geräte des eigenen Fuhrparks, verstärkt durch aufgenommene private Unternehmerfahrzeuge.

Seit 24. Februar wurden insgesamt rund 1.000 Tag- oder Nachtschichten von Privatunternehmerfahrzeugen geleistet und hierfür ein Betrag von 800.000 Schilling aufgewendet. Von eigenen Fahrzeugen und Geräten des städtischen Fuhrparks wurden im gleichen Zeitabschnitt 2.242 Tag- oder Nachteinsätze geleistet, wobei die Fahrzeuge den wechselnden Witterungsverhältnissen entsprechend oft mehrmals im Tag ihre Verwendung als Pflüge, Streufahrzeuge, Kehrzüge oder Fahrzeuge für den Abtransport des Schnees wechseln mußten.

Da sich bei den wechselnden Witterungsverhältnissen der Zustand der Fahrbahnen nicht über das ganze Stadtgebiet in gleicher Weise ändert, kann der richtige Einsatz der Fahrzeuge und Geräte oft nur von den örtlichen Aufsehern bestimmt werden und entzieht sich daher oft einer zentralen Führung.

Die Kosten für diesen Einsatz der städtischen Fahrzeuge und Geräte können mit rund 1,3 Millionen Schilling angenommen werden. Neben dem gesamten eigenen Personal, für das seit Beginn der Schneefälle ein Aufwand von 3,4 Millionen Schilling gerechnet werden muß, wurden insgesamt 40.350 Schneearbeiter zusätzlich aufgenommen, was einem Kostenerfordernis von rund 1,7 Millionen Schilling entspricht.

Die Zahl der Schneearbeiter reichte vor allem in den entscheidenden Anfalltagen nicht aus. So erfreulich dieses Symptom für die Gesamtwirtschaftslage sein mag, für die Arbeit der Straßenreinigung wirkt sich diese Tatsache überaus nachteilig aus. In der Regel können alle Schneearbeiter, die sich um Arbeit bewerben, aufgenommen werden, wenn auch vereinzelt ihre Verweisung auf andere Aufnahmestellen, bei denen Mangel herrscht, notwendig wird. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß dieser Überweisung nur in geringem Ausmaß Folge geleistet wird. Absolut unrichtig ist die in einigen Zeitungen gebrachte Meldung, wonach die Aufnahme als Schneearbeiter an den Vorweis der Arbeitslosenkarte gebunden ist oder Abweisungen wegen des Mangels an Handwerkzeug

vorgekommen wären.

Zur Illustration sei angeführt, daß an dem kritischen 24. Februar an den städtischen Aufnahmestellen die Aufnahme von 5.400 Schneearbeitern freigegeben war, tatsächlich aber nur 2.226 zur Verfügung standen. Der folgende Tag zeigte genau die gleichen Verhältnisse.

Der Gesamtaufwand bis zum heutigen Tage für den Winterdienst 1954/55 der städtischen Straßenpflege stellt sich somit wie folgt dar:

Kosten des eigenen Personals an den Tagen, an denen durch Schneefall oder Glätte ausgesprochene Winterarbeit notwendig war.....	6,9	Mill.S
Schneearbeiterlöhne .....	1,8	" "
Kosten des eigenen Fuhrparkes.....	1,78	" "
Privatfahrzeuge .....	0,8	" "
Streumaterial (Sand, Schlacke und Salz).....	1,2	" "
insgesamt Aufwand bis zum heutigen Tag .....	12,48	Mill.S

Schließlich weist StR. Koci jene Pressemeldungen zurück, welche besagen, daß die leitenden Beamten heute früh erst durch einen Aufruf von den Zeitungen Mitteilung über die Schneefälle erhielten und erst um  $\frac{1}{2}$  8 oder 8 Uhr ihren Dienst antraten. Er verweist darauf, daß in dieser Jahreszeit die ganze Nacht hindurch ein Permanenzdienst geführt wird. Er hebt hervor, daß sowohl die leitenden Beamten wie auch sämtliche Angestellte ihre Tätigkeit nicht nur als Pflicht betrachten, sondern es als Selbstverständlichkeit empfinden, dem Volke zu dienen und damit alles zu tun, um das Gefahrenmoment auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Daß Schneefälle einem Wolkenbruch gleichen können und dann innerhalb von 40 Minuten eine Schneemenge herunterfällt, die kaum bewältigt werden kann, sollten doch auch die Zeitungsredaktionen zur Kenntnis nehmen.

Abschließend spricht der Referent dem Personal der Magistratsabteilung 48 den Dank aus. (Beifall bei den Sozialisten.)

Der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger berichtet über die Schneeräumungsarbeiten der Wiener Verkehrsbetriebe, wobei er darauf verweist, daß die Verkehrsbetriebe auch die Aufgabe haben, alle jene

Straßenzüge vom Schnee zu säubern, durch die die Straßenbahn fährt, sodaß auf die Vorreinigung der Geleise die Hauptreinigung der Straßen folgt. In der Zeit vom 24. Februar bis zum 11. März wurden an fünf Tagen 83 Hauptreinigungsfahrten, an sechs Tagen 91 Vorreinigungsfahrten etc., durchgeführt. An Arbeitskräften waren in der Zeit vom 24. Februar bis 10. März insgesamt 13.336 aufgenommene Arbeiter und 6.359 eigene Schneearbeiter eingesetzt. Von diesen Arbeitskräften wurden insgesamt 236.237 Stunden geleistet. Die bisherigen Aufwendungen für den Winter 1954/55 für fremde Arbeiter umfassen bis 10. März 1,3 Millionen Schilling.

Sehr unangenehm machte sich der durch das Schneewetter und durch den Matsch verursachte Wagenaufall bemerkbar. Diese Ausfälle betragen bei den Straßenbahnen 224 Triebwagen und 55 Beiwagen. Da in der Zwischenzeit eine große Anzahl wieder repariert wurde, beträgt der Ausfall heute noch 96 Trieb- und 14 Beiwagen.

Da 54 Routen befahren werden, beträgt das zu reinigende Netz nicht weniger als 609 Kilometer.

Am 24. Februar, an dem uns eine Elementarkatastrophe überrascht hat, haben sich bis 6 Uhr früh nur 167 Schneearbeiter gemeldet, bis 8 Uhr früh waren es 797. Wir können feststellen, daß wir mit Ausnahme des 24. Februar, an dem die Vorreinigung bereits um 1,45 Uhr, bzw. 2.45 Uhr früh eingesetzt und die erste Hauptreinigung um 3.05 Uhr begonnen hat, den späteren Schneefällen in jeder Weise begegnen konnten und Verkehrsstörungen ernsterer Art bei den folgenden Schneefällen nicht mehr aufgetreten sind. Besonders am 24. Februar hat sich deutlich gezeigt, wie stark die Schneesäuberung gerade in den frequentiertesten Straßen durch das private Parken behindert war. Sehr zu empfehlen wäre eine Verordnung, wonach das Parken speziell in solchen kritischen Zeiten, also im Winter, in den Hauptverkehrsadern untersagt würde.

Ich hoffe, daß uns, sofern noch mit Schneefällen zu rechnen ist, diese kein Kopfzerbrechen mehr bereiten, und möchte die Gelegenheit wahrnehmen, den Bediensteten der Wiener Verkehrsbetriebe, aber auch den vielen Schneeschauflern und Schneearbeitern den herzlichsten Dank für die Arbeit auszusprechen, die sie in einer kritischen Zeit geleistet haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Höheres Pflegegeld für Pflegekinder der Gemeinde Wien

In Erledigung der Tagesordnung referiert Vizebürgermeister Honay (SPÖ) über die allgemeine Erhöhung des Pflegegeldes für die in Familien untergebrachten Pflegekinder der Stadt Wien. Er verweist darauf, daß er eine derartige Erhöhung schon anläßlich der Budgetdebatte angekündigt habe und daß seither das Jugendamt an einer Neuregelung gearbeitet hat. Die heute zu beschließende Neuregelung bedeutet eine entscheidende Verbesserung. So wurden bisher für in Familienpflege in Wien untergebrachte Kinder bis zum sechsten Lebensjahr monatlich 245 Schilling bezahlt und für die Kinder zwischen dem sechsten und 18. Lebensjahr 233 Schilling. Die Sätze in den Bundesländern sind im wesentlichen den dort gültigen gleichgestellt. Nach dem vorliegenden Antrag werden nun für Kinder von 0 bis 18 Monaten monatlich 350 Schilling bezahlt und für Kinder von 18 Monaten bis 18 Jahren 300 Schilling. Für die im Burgenland untergebrachten Kinder von 0 bis 6 Jahren werden monatlich 210 Schilling gezahlt und für die Kinder von 6 bis 18 Jahren monatlich 200 Schilling für Stadt und Land gleich. Bezüglich der anderen Bundesländer werden die für die einzelnen Altersstufen dort jeweils festgesetzten Pflegegelder angewiesen. Die Gemeinde Wien hat gegenwärtig für insgesamt 5.756 Pflegekinder zu sorgen. 2.473 davon sind in eigenen Anstalten untergebracht, 2.078 in privaten Fürsorgeinstituten und 1.205 Kinder in Familienpflege. Davon sind in Wien in privater Familienpflege 635 und in den Bundesländern 570 Kinder untergebracht, der größte Teil davon in Niederösterreich. Pflegegroßfamilien gibt es gegenwärtig sechs, in denen insgesamt 35 Kinder untergebracht sind. Der Pflegebeitrag für diese Kinder soll weiterhin 400 Schilling betragen. Außerdem werden für alle Kinder in Privatpflege die vollständige Bekleidung, Schuhe usw. von der Gemeinde Wien beigestellt.

Der Referent ersucht um die Annahme des Antrages, der rückwirkend mit 1. März gelten soll.

GR.Dr. Soswinski (VO) begrüßt den Antrag, der, wie er sagt, eine von seiner Fraktion lang geforderte Erhöhung der Pflegegelder mit sich bringe, leider jedoch nicht in der geforderten



Höhe. Der Redner bittet um Aufklärung, warum in der Einteilung der Altersgruppen eine Änderung vorgenommen wurde. Er fragt auch, ob es tatsächlich geplant ist, den bisherigen Betrag von 1.500 Schilling für Bekleidung auf jährlich 1.000 Schilling herabzusetzen. Wenn man diese Ansätze schon nicht erhöhe, so dürfe man sie doch auf keinen Fall verringern.

GR.Dr. Helen Stürzer (ÖVP) stellt fest, daß sich der Wiener Gemeinderat schon wiederholt mit der Frage der Pflegekinder beschäftigt habe und ihre Fraktion immer für eine Erhöhung der Pflegegelder eingetreten sei. Die Unterbringung dieser Kinder in Familien wäre von großer Wichtigkeit, denn ein noch so gut geführtes Heim könne eine Familie nicht ersetzen. Außerdem komme die Pflege in einem Heim nicht billiger, im Gegenteil. Die Rednerin dankt allen Pflegemüttern, die ein Kind in ihre Familie aufgenommen haben. Ihre Liebe, Mühe und Sorge könne auch durch die Erhöhung der Pflegebeiträge nicht abgegolten oder aufgewogen werden. Fällig sei noch eine Verbesserung in der Versorgung der Kinder mit Bekleidung.

Vizebürgermeister Honay stellt abschließend fest, daß die Trennung nach Altersstufen keine Benachteiligung der Pflegeeltern in finanzieller Hinsicht bedeutet. Die Trennung würde aus Fürsorgegründen vorgenommen. Es hat sich gezeigt, daß die Pflegeeltern zumeist ältere Kinder verlangen. Aber gerade für die ganz kleinen ist eine Unterbringung in der Familie besonders wünschenswert. Es wurde daher gerade in dieser Altersgruppe eine mehr als 50prozentige Erhöhung vorgenommen, um einen Anreiz zu bieten, daß diese Kleinkinder in Familienpflege kommen. Der Gemeinde erwächst aus der beantragten Erhöhung für den Zeitraum von März bis Dezember eine Mehrausgabe von rund einer Million Schilling. Es konnte festgestellt werden, daß die Pflegeeltern aus wirklicher Liebe zum Kind diese Pflegekinder übernommen haben. Für die Zuweisung eines Pflegekindes werden auch sehr strenge Maßstäbe angewendet. So müssen die Wohnungsverhältnisse, der Gesundheitszustand und der Leumund der Eltern überprüft werden und in Ordnung sein. Es kam dadurch von Seiten des Fürsorgeamtes nur selten zu unerfreulichen Wahrnehmungen oder Beschwerden. An diesen Bedingungen könne nichts geändert werden, doch ist zu

hoffen, daß durch die erhöhten Pflegegelder wieder mehr Familien in der Lage sein werden, Pflegekinder aufzunehmen. Es ist richtig, daß der Ansatz für die Bekleidung mit jährlich 1.000 Schilling festgesetzt werden soll, doch ist dies nur ein Durchschnittsbetrag und die Gemeindeverwaltung werde auch hier nicht knauserig sein. Vizebürgermeister Honay hofft, daß durch die Neuregelung immer mehr Kinder in Pflegefamilien kommen und sich damit auch die Zahl der Anstalten verringert. Es sei sein Ziel, den größten Teil der Kinder, die gesundheitlich geeignet sind, in Familienpflege unterzubringen. Der vorliegende Antrag soll dazu dienen, möglichst vielen Eltern die finanzielle Möglichkeit zur Aufnahme von Pflegekindern zu geben.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

#### Landaufenthaltsaktion der Gemeinde erweitert

GR. Maria Hlawka (SPÖ) referierte über die Landaufenthaltsaktion für Dauerbefürsorgte der Gemeinde Wien, die in diesem Jahr auf 2.750 Personen erweitert wird, gegenüber 2.000 im vergangenen Jahr. Damit ist auch eine Vermehrung der Pensionen verbunden, in denen die Dauerbefürsorgten untergebracht werden sollen. Es wurden nun Vereinbarungen mit vier Pensionen abgeschlossen, und zwar in Sattelbach bei Heiligenkreuz, in Winzendorf und mit zwei Pensionen in St. Corona. Die Aufenthaltsdauer beträgt 14 Tage. Die Turnusse beginnen im April und enden im Oktober. Jeder Gemeindeurlauber erhält ein Taschengeld von 30 Schilling, wobei keine Kürzung der Dauerunterstützung in der Zeit des Landaufenthaltes erfolgt. Zum ersten Mal wird auch der Versuch gemacht, bedürftigen Körperbehinderten die Möglichkeit eines kostenlosen Landaufenthaltes zu geben. 40 solcher Menschen werden vor Beginn der allgemeinen Turnusse nach Sattelbach und nach St. Corona auf Urlaub geschickt, Sie werden dabei von Lehrkräften und Pflegerinnen begleitet sein.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) begrüßt die Erweiterung der Landaufenthaltsaktion, wodurch viele alte Menschen, die sonst keine Möglichkeit hätten, einen Urlaub zu genießen, auf das Land fahren können. Ein großes Problem gibt es aber: An der Aktion kann immer nur ein Teil der Befürsorgten teilnehmen. Es gibt jedoch eine ganze Reihe von Menschen, die man aus Gesundheits-

rücksichten oder anderen Gründen nicht in die Landaufenthaltsaktion einschalten kann. Dies bedeutet ein Unrecht. Die Rednerin regt daher an, diesen Leuten ein entsprechendes Äquivalent zu geben.

In ihrem Schlußwort bemerkt GR. Maria Hlawka, daß die Argumentation der Debattenrednerin bekannt sei. Sie verweist jedoch darauf, daß die Aktion mit nur 500 Urlaubern begonnen hat und nun auf 2.750 Personen ausgedehnt wurde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Referentin einstimmig angenommen.

#### Baubewilligung für den Fußgängerdurchgang Opernkreuzung

Über die Baubewilligung für den unterirdischen Fußgängerdurchgang unter der Opernkreuzung referiert StR. Bauer (ÖVP). Er weist darauf hin, daß der Wiener Gemeinderat am 16. Juli 1954 beschlossen hat, die Opernkreuzung umzubauen, um die Verkehrsverhältnisse in der Inneren Stadt zu verbessern. Im Februar 1955 wurde die Bauverhandlung durchgeführt, sodaß nun der Antrag vorgelegt werden kann, die Baubewilligung für das Projekt zu erteilen. Da der Umbau zur Eröffnung der Wiener Staatsoper vollendet sein soll, war es nötig, mit den Arbeiten so rasch wie möglich zu beginnen.

GR. Kronberger (VO) sagte, wir freuen uns, daß man mit dem Umbau der Opernkreuzung begonnen hat. Das Projekt kennzeichnet jedoch die Situation in unserer Stadt. Maßgebend seien nicht die Interessen der Allgemeinheit, sondern die Interessen der Grundbesitzer und Bodenspekulanten. Das geht soweit, daß es Leute gibt, die ein so großes Projekt einschränken wollen. Seine Fraktion verlange jedoch, daß das ursprüngliche Projekt mit sieben Abgängen im Interesse der Wiener Bevölkerung und im Interesse der Verkehrssicherheit durchgeführt wird. Die Gemeinde Wien müsse alles tun, um die Durchführung der vollen Lösung zu sichern.

StR. Bauer sagt in seinem Schlußwort, er könne den Debattenredner beruhigen, die sieben Abgänge werden geschaffen werden, nur muß eben bei Einsprüchen das Verfahren abgewartet werden. In zwei Fällen, nämlich beim Heinrichshof und beim Meinhaus,

wurde bereits ein Übereinkommen erzielt. Es ist natürlich wesentlich einfacher, in einem Staat, wie ihn die Gemeinderäte der Volksoption erstreben, Enteignungen durchzuführen, weil es dort kein Eigentum mehr gibt. Der Referent versichert jedoch, daß das Bauvorhaben nicht aufgehoben sei und das Projekt so, wie es der Gemeinderat beschlossen hat, zeitgerecht fertig sein wird. Die Gesamtkosten werden sich auf ungefähr 25 Millionen Schilling belaufen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

#### Höhere Verpflegskosten in Fürsorgeerziehungsheimen

Über die Erhöhung der Verpflegskosten in den Fürsorgeerziehungsheimen des Ordens vom guten Hirten referierte GR. Nora Hiltl (ÖVP). Sie stellt den Antrag, daß der Verpflegkostensatz für die Zöglinge des Erziehungsheimes in Theresienfeld von 19 auf 26 Schilling erhöht werde, und zwar für die Zeit vom 1. Mai bis 30. Juni 1954. und auf 28 Schilling ab 1. Juli 1954 pro Kopf und Tag. Ferner wird die Magistratsabteilung 11, Jugendamt, ermächtigt, die Verpflegkostensätze in den übrigen Erziehungsheimen des Ordens jeweils den von den örtlich zuständigen Bundesländern geleisteten Verpflegkostensätzen anzugleichen.

GR. Kowatsch weist darauf hin, daß die Gemeinde Wien seit 40 Jahren Jugendliche in das Erziehungsheim Theresienfeld schickt, in dem gute Erziehungsarbeit geleistet wurde. Es sei daher zu bedauern, daß der Orden seine Erziehungsarbeit in Theresienfeld aufgibt. Bei den schwierigen Zöglingen dieses Heimes genügen auch die neugenehmigten Beträge nicht. Die Gemeinde Wien bezahlt ja bereits für die Pflege normaler Kinder 25 bis 26 Schilling im Tag. Der Redner wendet sich in diesem Zusammenhang auch gegen die Versuche einer gewissenlosen Presse, mit allen erdenklichen Situationsberichten über die Anstalt Unruhe zu stiften. Man müsse vielmehr den Schwestern für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit den Dank aussprechen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Nora Hiltl schließt sich den anerkennenden Worten des

./.

Debattenrednern an und ersucht um die Annahme der von ihr gestellten Anträge.

Bei der Abstimmung werden die Anträge der Referentin einstimmig angenommen.

#### Landesbeitrag an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen

GR. Hedwig Lehnert (SPÖ) referiert über die Leistung eines Landesbeitrages an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen. Wien hat ab 1. Jänner einen Beitrag von 24 Schilling pro Jahr und Landeseinwohner, soweit diese das 18. Lebensjahr erreicht haben, zu leisten. Die Rednerin stellt den Antrag, als Beitrag für das Jahr 1955 einen Betrag von 31,8 Millionen Schilling zu genehmigen.

GR. Schmied (ÖVP) bezeichnet das Bundesgesetz über die Familienbeihilfen als eines der bedeutendsten Sozialgesetze der Zweiten Republik. Es wäre eine grundsätzliche Verkennung, würde man in der Familienhilfe eine Unterstützung notleidender kinderreicher Familien oder etwa eine Geburtenprämie zur Steigerung der Kinderzahl oder ein Almosen für bedrängte Väter und Mütter sehen. Die Familienbeihilfe soll vielmehr eine Anerkennung eines Rechts- und Lebensanspruches sein, fußend auf der ausgleichenden sozialen Gerechtigkeit.

Es ist die Frage erhoben worden, ob der Staat zur Hilfeleistung verpflichtet ist. Wenn der Staat bestehen will, dann ist es seine zwingende Pflicht, die Familien weitestgehend zu schützen.

Auch die sozialen Aspekte dürfen nicht übersehen werden. Durch das Ansteigen der Zahl der Rentner und das Absinken der Zahl der Kinder und Jugendlichen müssen die Altersversicherung und das gesamte Sozialrecht in eine Krise kommen. Es müssen daher alle Menschen dieses Landes, die kinderlosen wie jene, die selbst Kinder haben, die Rentner und Pensionisten ebenso wie die Berufstätigen, daran interessiert sein, daß die Familie wirtschaftlich gesichert wird.

Dem Familienlastenausgleichsgesetz lagen zwei am gleichen Tag von den Regierungsparteien im Parlament eingebrachte Anträge zugrunde. Aber die Volkspartei hat schon seit Jahren der

Familie ihr Augenmerk gewidmet, denn es wurde klar erkannt, daß das Volksganze nur dann eine gesunde Entwicklung nehmen kann, wenn die Familie gesund ist. Sollte bei den Sozialisten ein Gesinnungswandel in der Einstellung zur Familie in der Richtung zu der stets gleichgebliebenen Auffassung der ÖVP eingetreten sein, dann sind wir die ersten, die dies aufrichtig begrüßen, denn es gibt noch für beide Seiten die Möglichkeit der Ergänzung des Gesetzes hinsichtlich der Einführung der Geburtenbeihilfe und Ehegründungsdarlehen sowie Mietzinsbeihilfen. (Beifall bei der ÖVP.)

In ihrem Schlußwort erklärt die Berichterstatterin GR. Lehnert, daß in diesem Hause immer schon das Bestreben war, eine gute Familienpolitik zu betreiben. (Beifall bei der SPÖ.) Dazu waren die Ansätze schon vor 1934 vorhanden. Schließlich war unsere Wohnungspolitik auch familienfördernd. (Beifall bei der SPÖ.) Als man 1947 an die Neueinführung der Babyausstattungen ging, wurde gerade von der Vertreterin der Volkspartei gesagt, es handle sich um Geschenkexzesse. (GR. Hiltl: Für den Generaldirektor!) Unser Initiativantrag im Parlament hatte noch Heiratsbeihilfen und Entbindungsbeihilfen sowie Hausratsdarlehen vorgesehen, das konnte aber nicht berücksichtigt werden. (VBgm. Weinberger: Das können wir in Wien machen?) Da ich jetzt höre, daß der Wille dazu gegeben ist, hoffe ich, daß es gelingt, diese Anträge zu verwirklichen. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn wir heute diesem Gesetz zum Durchbruch verhelfen, bestätigen wir damit die Mutterschaft als soziale Leistung. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

#### Ausbau des Freudenaauer Hafens

Der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Thaller (SPÖ) erklärte, er freue sich, den ersten Antrag für den Ausbau des Freudenaauer Hafens vorlegen zu können. Es habe lange gedauert, bis die zuständigen Stellen des Bundes dazu bewogen werden konnten, in der Frage des Wiener Hafens ihre Stellung zu revidieren und dem Ausbau des Wiener Hafens jene Förderung angedeihen zu lassen, die sie anderen Hafenanlagen unserer Republik schon lange in großem Ausmaße gegeben haben. Bereits im

März des vergangenen Jahres hat über Initiative des Wiener Bürgermeisters eine große Sitzung aller beteiligten Stellen des Bundes und der Gemeinde stattgefunden, in der die Fragen des Ausbaus des Wiener Hafens besprochen wurden. Nach dieser Aussprache wurden eine technische und eine juristische Kommission geschaffen, die in einigen Sitzungen die zu klärenden grundsätzlichen Fragen lösten, sodaß nun heuer bereits tatsächlich mit dem Ausbau des Hafens begonnen werden kann. Dieser Ausbau soll in mehreren Etappen erfolgen. Der erste Bauabschnitt, der heute beschlossen werden soll, sieht die Errichtung einer 200 Meter langen Kaimauer als erstes Teilstück der neuen Ufer-einfassung des Freudenaue Hafens vor. Im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau ist kein amtliches Projekt ausgearbeitet worden, sondern es wurden vielmehr die einschlägigen Firmen in einer öffentlichen Ausschreibung aufgefordert, Angebote zu stellen. Es mußten bei der Planung verschiedene spätere Projekte berücksichtigt werden. Die Kosten der einzelnen Entwürfe schwankten zwischen 4,7 Millionen und 10,2 Millionen Schilling. Der Entwurf, für den man sich entschied, wird insgesamt acht Millionen Schilling kosten. Es ist dies zwar nicht die billigste Lösung, aber die zweckentsprechendste und beste. Der vorliegende Antrag liegt unter der Voraussetzung einer 60prozentigen Beitragsleistung des Bundes vor. Es gelang in Verhandlungen diesen Beitrag zu sichern. Sowohl das Ministerium für Handel und Wiederaufbau wie das für Verkehr und verstaatlichte Betriebe haben je acht Millionen Schilling zum Ausbau der österreichischen Häfen, darunter auch des Wiener Hafens, angesetzt. Auch für das in Auftrag gegebene Mehrzweckschiff, das etwa vier Millionen Schilling kosten wird, leistet der Bund einen 60prozentigen Beitrag. Die beiden Ministerien haben bereits zu Ende des vergangenen Jahres Anzahlungen zur Durchführung des Hafenprojektes geleistet, so das Ministerium für Handel und Wiederaufbau 1,5 Millionen und das Ministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe 980.000 Schilling. Diese Beträge wurden zum Ankauf von Baumaterialien verwendet. Die Gemeinde Wien hat in den vergangenen Jahren

bereits rund 40 Millionen Schilling aufgewendet, um die Kriegsschäden an den Wiener Hafenanlagen zu beheben. Eine Reihe von Arbeiten, die große Beträge erfordern, sind noch zu machen.

GR.Dkfm.DDr. Prutscher (ÖVP) erklärt, daß bereits im Jahre 1950 ein Plan für den generellen Ausbau des Hafens vorgelegen ist, der dann jedoch abgelehnt wurde und gar nicht in den Gemeinderat kam. Es sei bedauerlich, daß inzwischen so viel Zeit verstrichen ist. Es besteht die Gefahr, daß Wien von anderen österreichischen Städten noch mehr überholt wird. Es fehlt auch ein Gesamtplan, der nicht nur den Freudenauger Hafen, sondern auch alle übrigen Häfen umfassen müßte. Gerade hier wäre die Möglichkeit einer großzügigen Planung gegeben. Begrüßenswert sei die Beitragsleistung des Bundes. Seine Fraktion begrüße den Ausbau des Hafens auch deshalb, weil sie davon überzeugt ist, daß dieser Hafen der Garant der Vollbeschäftigung in späteren Zeiten sein wird. Er hoffe, daß dem Wiener Gemeinderat bald eine Gesamtplanung der Wiener Hafenanlagen vorliegen wird.

Stadtrat Thaller stellt abschließend fest, daß die Gemeindeverwaltung erst in dem Zeitpunkt an die Realisierung des Hafenprojektes herangeht, wenn es nötig ist. In den vergangenen Jahren war auf der Donau fast kein Schiffsverkehr und die einzelnen Schiffe, die doch verkehrten, befanden sich nicht in österreichischer Hand. Erst Verhandlungen im Vorjahr haben dazu geführt, daß wir wenigstens bis Bulgarien fahren können. Es ist zu hoffen, daß die weiteren Verhandlungen Erleichterungen bringen. Ein derartiges Projekt müsse gut geprüft und alle Fragen geklärt werden, bevor man es in Angriff nimmt und mit den Plänen an die Öffentlichkeit tritt. Die Planung ist nun fertig. Es liegt für den Gesamtausbau aller unserer Hafenanlagen ein Plan vor. Nach diesem Plan wird nun bereits gearbeitet. Es war notwendig, alle verantwortlichen Stellen des Bundes dazu zu bewegen, auch ihren Teil beizutragen. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat sich schließlich durchgesetzt.

Der Antrag wurde bei der Abstimmung einstimmig angenommen.

./.



Rückübertragung von städtischem Grundeigentum

StR. Bauer (ÖVP) referiert über die Rückübertragung städtischen Grundeigentums in Auswirkung des Gebietsänderungsgesetzes 1946. Der Referent bemerkt, daß die Stadt Wien bisher bei den Verhandlungen zwischen Wien und Niederösterreich sehr großzügig vorgegangen ist. Viele Objekte sind in der Zeit, in der die Randgemeinden zu Wien gehörten, dort entstanden oder waren zum Zeitpunkt/der Gebietsabtrennung in Bau. Man hat sich in den Verhandlungen über die meisten strittigen Fragen geeinigt. Es ist auch zu erwarten, daß die nunmehr einzuleitenden Verhandlungen über die Details der Rückgliederung der Liegenschaften ebenso reibungslos vor sich gehen können. Der Referent stellt daraufhin den Antrag: Der Magistrat wird ermächtigt, im Sinne der zwischen den Bundesländern Niederösterreich und Wien am 31. August 1954 getroffenen Vereinbarung hinsichtlich der Rückübertragung des unbeweglichen Vermögens mit den betreffenden Randgemeinden Vereinbarungen abzuschließen und auf Grund dieser Vereinbarungen die in Auswirkung des Gesetzes über Gebietsveränderungen im Lande Österreich vom 1. Oktober 1938 in das Eigentum der Stadt Wien übergegangenen Grundstücke in das Eigentum der in Betracht kommenden Gebietskörperschaften rückzuübertragen, soweit sich diese Grundstücke noch im Eigentume der Stadt Wien befinden.

Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Zum Schluß der Sitzung wird eine Anfrage der ÖVP betreffend die Schneesäuberung verlesen. Es heißt darin, daß die starken Schneefälle der letzten Zeit klar gezeigt haben, daß in der Organisation einer klaglosen Schneesäuberung bei größeren Schneefällen noch vielfach Mängel auftreten. Es muß anerkennenswerterweise festgestellt werden, daß wohl der Straßenbahnverkehr, abgesehen von einigen Störungen im großen und ganzen aufrecht erhalten werden konnte. Großen Unwillen erregte jedoch bei der Wiener Bevölkerung die nur sehr schleppend vor sich gehende Säuberung der Straßenübergänge und Straßenbahnhaltestellen, die nur langsame Abfuhr des Schnees und vor allem das vollkommene Ignorieren des Schneematsches. Es wird daher die Anfrage gestellt,

./.

ob es den Tatsachen entspricht, daß in den ersten Tagen des Schneefalles hunderte Schneeschaufler nicht aufgenommen werden konnten, weil keinerlei Arbeitsgeräte vorhanden waren. Ferner wird bemängelt, daß nur sehr wenige private Lohnfuhrwerker zur Schneeabfuhr eingesetzt werden und schließlich gefragt, ob der Amtsführende Stadtrat bereit ist, in Hinkunft dafür Sorge zu tragen, daß derartige Mängel nicht mehr auftreten.

Bei der Verlesung der Anfrage kommt es zu heftigen Zwischenrufen von Seiten der Sozialisten. StR. Koci ruft: "Das ist der Koalitionsgeist! Daß Ihr euch nicht schämt!" StR. Afritsch: "Ein Skandal dieser Antrag!" -- GR. Marek: "Eine Lausbüberei!" GR. Mühlhauser (ÖVP) ersucht den Vorsitzenden, wegen dieses Ausdruckes GR. Marek zur Ordnung zu rufen. VbGm. Honay: "Hätten Sie diesen Antrag eingebracht, wenn Ihr Stadtrat dafür verantwortlich wäre?"

Bürgermeister Jonas teilt mit, daß die Antwort auf die Anfrage schriftlich erfolgen wird. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

- - -

Samstag - erste Rundfahrt "Neues Wien"

=====

11. März (RK) Morgen, Samstag, den 12. März, wird das Amt für Kultur und Volksbildung die erste Rundfahrt durch das neue Wien veranstalten. Befahren wird die Route I mit Besichtigung der Siedlung und Schule Wienerfeld-Ost, der Per Albin Hansson-Siedlung mit dem Volksheim der Wiener Volksbildung. Abfahrt vom Neuen Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 14 Uhr.

- - -